

Offener Brief an den Gesamtbundesrat und das UVEK, Bern den 8.10.2020

## **Darum klagen wir am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Schweiz**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin und Vorsteherin des UVEK, sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte

Die Schweiz nimmt ihre Verantwortung beim Klimaschutz nicht genügend wahr, und Sie spielen dabei eine Schlüsselrolle. Statt dem Parlament wissenschaftlich fundiert darzulegen, was die Schweiz mindestens tun müsste, um die drohende Klimakatastrophe in den Griff zu bekommen, setzt der Bundesrat von vornherein auf einen zu schwachen Klimaschutz.

Das andauernde Manko beim Klimaschutz führt u.a. zu heftigen Hitzewellen, die uns Seniorinnen krank machen und im schlimmsten Fall töten. Wir sind besonders verletzlich. **Es ist Ihre Pflicht, unsere Leben zu schützen. So ist es in unserer Verfassung und in der europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Dennoch wurden Sie nicht genügend tätig.** Das ist der Kern unserer Klimaklage.

Wegen den verheerenden Folgen wird das politische Versagen beim Klimaschutz gegenwärtig als das grösste Risiko für die Menschheit gesehen. Um die Risiken einigermaßen unter Kontrolle zu halten, sollte der globale Temperaturanstieg 1.5°C möglichst nicht überschreiten. Dem hat die Schweiz völkerrechtlich verbindlich zugestimmt.

Mit den heutigen Handlungen werden wir dieses Ziel jedoch sicher nicht erreichen. Und selbstverstärkende Effekte im Klimasystem verringern mit jedem Tag die Chancen, dass wir es noch schaffen können.

Dennoch behaupten Sie, die Schweiz sei vorbildlich. Das ist für uns Betroffene bedrückend. Denn die schädlichen Emissionen müssen in der Schweiz mindestens doppelt so schnell sinken, wie vorgesehen. Die aktuellen Klimapläne führen dazu, dass das noch vorhandene CO<sub>2</sub>-Budget massiv überzogen wird.

**In den Niederlanden haben Gerichte ein menschenrechtlich begründetes Minimum für den staatlichen Klimaschutz bestätigt.** Das UVEK und die Schweizer Gerichte waren nicht einmal bereit, sich mit unserem Begehren inhaltlich zu befassen.

Wir hoffen nun, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg die Klimapolitik der Schweiz überprüfen wird. Und wir fordern Sie auf, beim Klimaschutz endlich so viel zu tun, wie es braucht, um uns heute schon Betroffene sowie auch die zukünftig Lebenden genügend schützen zu können.

Mit freundlichen Grüssen,  
KlimaSeniorinnen Schweiz